



Positionspapier

Umteilung Abgabekategorien Medikamente – Mehrkosten von 100 Millionen

Zug (12.04.2021) Für den Kauf zahlreicher rezeptfreier Medikamente gegen leichte Gesundheitsbeschwerden wurde anfangs 2019 die Rezeptpflicht eingeführt. Die Swissmedic hat Arzneimittelumteilungen verfügt, die zu einer einfacheren Zugänglichkeit für Medikamente gegen leichte Erkrankungen hätten führen sollen. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Nachdem die Behörde zahlreiche Arzneimittel in andere Kategorien umgeteilt hatte, wurde auch klar, dass viele bisher rezeptfreie Produkte markant teurer werden. Für zahlreiche Produkte wird die Zugänglichkeit erschwert, indem sie der Rezeptpflicht unterstellt werden, ohne dass sie eine höhere Gefährdung aufweisen. Die Höhereinstufung hat eine massive Verteuerung von vielen Medikamenten zur Folge.

Durch die Umteilung der Abgabekategorien entstehen zusätzliche Umtriebe für die Patientinnen und Patienten und deutlich höhere Preise für unser Gesundheitssystem. Die vips hat ermittelt, dass mit Mehrkosten von rund CHF 100 Mio. zu rechnen ist. Dies, weil nicht nur eine neue Verschreibungspflicht aus der Umteilung resultiert, sondern weil die Apotheken deutlichen Zusatzaufwand mit der Registrierung von Patientinnen und Patienten haben. Zudem gehen mehr Menschen mit geringfügigen Leiden zum Arzt, da diverse Produkte neu der Rezeptpflicht unterstehen. Wenn bei den 4 Millionen betroffenen Packungen nur ein Viertel zum Arzt gehen muss, ergeben sich bei Durchschnittskosten pro Arztbesuch von gerade mal CHF 50 bereits Zusatzkosten von CHF 50 Millionen.

Verteuerung Medikamente durch strukturellen Wechsel

Der Nationalrat hat den Bundesrat am 5. Juni 2019 mit einer Motion verpflichtet, keine Preissteigerungen für Medikamente gegen geringfügige gesundheitliche Einschränkungen zuzulassen. Die vips begrüsst diesen Entscheid als wichtigen Schritt für eine günstige und gute Patientenversorgung in der Schweiz. Die grosse Kammer setzt sich damit klar für Patientinnen und Patienten ein, die ihre geringfügigen Leiden wie bisher mit Arzneimitteln aus der Apotheke unkompliziert und günstig auskurieren wollen. Sie nahm überaus deutlich mit 123 zu 48 Stimmen eine entsprechende Motion der vorberatenden Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) an, welche verlangt, dass die Arzneimittelumteilungen nicht zu Kostensteigerungen und zusätzlichem Aufwand führen dürfen. Swissmedic hat dessen ungeachtet bei bestimmten Produkten eine Umteilung der Abgabekategorie verfügt mit zum Teil drastischen Preiserhöhungen von bis zu 56 Prozent pro Packung.

Einfache und patientenfreundliche Lösung

Die vips fordert die Respektierung des Willens des Parlamentes durch Swissmedic und das BAG. Die Umteilung von Arzneimitteln ist zu stoppen und bereits verfügte Preiserhöhungen zu sistieren, bis der Nachweis erbracht ist, dass es nicht zu Kostensteigerungen kommt. Die vips wird sich weiter dafür einsetzen, dass es wie bisher einfache und kostengünstige Wege gibt für die Menschen in der Schweiz, sich selbst zu behandeln. Der Verband ist zuversichtlich, dass durch den klaren Entscheid des Nationalrates der Weg für eine einfache und patientenfreundliche Lösung geebnet ist. Das Parlament wünscht sich ganz offensichtlich, dass auch Bundesamt für Gesundheit und Swissmedic zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen und « unabsichtliche » Fehlentscheide korrigieren, wenn sie diesem Ziel widersprechen.

Weitere Informationen

Marcel Plattner, Präsident, Mobile 079 469 92 68

Ernst Niemack, Geschäftsführer, Mobile 078 646 80 30